Stand: 16.12.2025 03:28:35

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13213

"Bundesintegrationsgesetz in Bayern umsetzen!"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/13213 vom 10.10.2016
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16264 des SO vom 30.03.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/16577 vom 25.04.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 102 vom 25.04.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

10.10.2016 Drucksache 17/13213

Antrag

der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Hans-Ulrich Pfaffmann, Arif Tasdelen SPD

Bundesintegrationsgesetz in Bayern umsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die im Bundesintegrationsgesetz verankerten Maßnahmen zur Verbesserung der Integration von Migrantinnen und Migranten, die im Verantwortungsbereich des Freistaates liegen, im Sinne des Bundesgesetzgebers umzusetzen.

Die Staatsregierung legt den Fokus insbesondere auf folgende Punkte:

- Die Staatsregierung stellt sowohl in eigener Trägerschaft als auch durch werben bei kommunalen und gemeinnützigen Trägern sicher, dass in und um Aufnahmeeinrichtungen des Freistaats Arbeitsgelegenheiten im Rahmen des Arbeitsmarktprogramms "Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen" Arbeitsgelegenheiten gemäß § 5a Asylbewerberleistungsgesetz zur Verfügung gestellt werden.
- Die Staatsregierung weist die zuständigen Behörden an, die aufenthaltsrechtlichen Neuerungen, wie die Gewährung eines sicheren Aufenthaltsstatus während und nach der Absolvierung einer Ausbildung oder die frühere Gewährung einer Niederlassungserlaubnis bei nachweislich erbrachten guten Integrationsleistungen, vollumfänglich und ohne Verzug anzuwenden.
- Migrantinnen und Migranten, die durch das Gesetz einen sicheren Aufenthaltsstatus w\u00e4hrend und nach der Absolvierung einer Ausbildung erhalten, sowie ausbildende und ausbildungsinteressierte Betriebe, werden dahingehend informiert.
- Die Staatsregierung bezieht die jeweiligen Kommunen bei Entscheidungen über Wohnsitzzuweisungen mit ein. Bereits getane, erfolgsversprechende Integrationsschritte werden dabei, wie im Integrationsgesetz vorgesehen, im Einzelfall berücksichtigt.

Begründung:

Durch den erhöhten Zugang an Geflüchteten wurde eine Nachbesserung der integrationspolitischen Rahmenbedingungen notwendig. Bundestag und Bundesrat haben daher ein Integrationsgesetz verabschiedet, das realistische Ziele für die Integration von Migrantinnen und Migranten setzt und die Rechte und Pflichten sowohl für die neu Zugezogenen als auch für die Aufnahmegesellschaft in nachvollziehbarer Weise klar stellt.

Mit dem Integrationsgesetz benennt der Bundesgesetzgeber das Erlernen der deutschen Sprache und die Integration in den Arbeitsmarkt als die Schlüssel für eine gelungene Integration und einen dauerhaften Aufenthalt. Das Gesetz bietet einen Rahmen für die Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, gibt Rechtssicherheit in Aufenthaltsfragen und regelt klar die Mitwirkungspflichten und Unterstützungsangebote im Integrationsprozess. Der Anspruch auf Unterstützung ist verbunden mit der Pflicht zur Inanspruchnahme der Integrationsmaßnahmen. Fördern und Fordern stehen dabei in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander.

Sowohl für die neu Zugezogenen als auch für die Aufnahmegesellschaft werden klare Perspektiven für ein Gelingen der Integration aufgezeigt. Die Staatsregierung ist aufgefordert, die Umsetzung des Integrationsgesetzes engagiert zu unterstützen.

Im Rahmen des Arbeitsmarktprogramms "Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen" werden 100.000 Arbeitsgelegenheiten für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gefördert. Hierfür sollen
sinnvolle und gemeinnützige Beschäftigungen in und
im Umfeld von Aufnahmeeinrichtungen angeboten
werden. Bereits vor Abschluss des Asylverfahrens
können Geflüchtete so niedrigschwellig an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Zudem wird die Akzeptanz von Schutzsuchenden vor Ort positiv beeinflusst. Die Staatsregierung ist aufgefordert, selbst entsprechende Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung zu
stellen und Kommunen und freie Träger zu motivieren, ebenfalls Arbeitsgelegenheiten zu schaffen.

Geduldete Ausländer in schulischer und betrieblicher Ausbildung erhalten für die Dauer ihrer Ausbildung sowie nach deren erfolgreichem Abschluss für zwei weitere Jahre ein gesichertes Aufenthaltsrecht. Zudem wird der Zugang zu Fördermaßnahmen zur Unterstützung und Begleitung während der Ausbildung

sowie zur Arbeitsförderung nach SGB III und zur Eingliederung nach SGB II erleichtert. Es ist notwendig, die dafür berechtigten Migrantinnen und Migranten, aber auch die Betriebe, die an deren Ausbildung und Beschäftigung Interesse haben, über die aufenthaltsrechtlichen Neuerungen und die erweiterten Fördermöglichkeiten zu informieren. Derzeit stellen fehlende Rechtssicherheit und mangelnde Unterstützung für viele ausbildungsinteressierte Betriebe ein Hemmnis dar. Auszubildende mit unsicherem Aufenthaltsstatus können sich oft nicht im erforderlichen Ausmaß auf Lernen und Arbeiten konzentrieren. Im Sinne einer raschen Aufnahme bereits anberaumter Ausbildungsverhältnisse duldet die Anwendung dieser Neuregelung keinen Aufschub. Die Staatsregierung hat darauf hinzuwirken, dass die nachgeordneten Behörden dementsprechend handeln.

Das Integrationsgesetz eröffnet den Bundesländern die Möglichkeit, eine befristete Wohnsitzzuweisung vorzunehmen, um Segregation zu vermeiden und Integration zu fördern. Die Kommunen als Hauptorte der Integration sind in die Entscheidungsfindung unbedingt mit einzubeziehen. Bereits geleistete Integrationsschritte beziehungsweise erfolgsversprechende Ansätze dürfen durch die Zuweisungen nicht zunichte gemacht werden. Hierfür hat die Staatsregierung Sorge zu tragen.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/16264 30.03.2017

Beschlussempfehlung und **Bericht**

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, **Familie und Integration**

Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ruth Waldmann u.a. SPD Drs. 17/13213

Bundesintegrationsgesetz in Bayern umsetzen!

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: Angelika Weikert Mitberichterstatter: Thomas Huber

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen, der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 23. Februar 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 7. März 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 30. März 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

5. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 149. Sitzung am 30. März 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

25.04.2017 Drucksache 17/16577

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Hans-Ulrich Pfaffmann, Arif Taşdelen SPD Drs. 17/13213, 17/16264

Bundesintegrationsgesetz in Bayern umsetzen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:	
(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss
	-

 Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Karl Freller, Markus Blume u.a. CSU Überprüfung der Einkommenshöchstgrenzen in der Wohnraumförderung Drs. 17/12430, 17/15946 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ruth Waldmann u.a. SPD
 Beste Bildung – von Anfang an X:
 Gewichtungsfaktor in bayerischen Kindertageseinrichtungen für Kinder mit (drohender) Behinderung auch für Flüchtlingskinder öffnen Drs. 17/12468, 17/16262 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

3.	Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Harald Güller,
	Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
	Ehrenamtlichen, bürgerschaftlich getragenen Fahrdiensten einen angemessenen
	Ersatz der anfallenden Betriebskosten ermöglichen
	Drs. 17/12733, 17/16263 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ruth Waldmann u.a. SPD Bundesintegrationsgesetz in Bayern umsetzen! Drs. 17/13213, 17/16264 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ruth Waldmann u.a. SPD Bericht über die Auswirkungen des Bundesintegrationsgesetzes in Bayern Drs. 17/13214, 17/16181 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Reduzierung freiheitsbeschränkender Maßnahmen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Einrichtungen und Wohnheimen Drs. 17/13498, 17/16265 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD Keine Unterwanderung des Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutzes aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung Drs. 17/14190, 17/16266 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			ENTH

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bildung ist mehr als Schule II – Offene Jugendarbeit als wichtigen Teil der Bildungslandschaft stärken Drs. 17/14518, 17/16267 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerisches Engagement im Bereich Wasser und Wasseraufbereitung in Afrika wieder auf altes Niveau anheben Drs. 17/14531, 17/16334 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Kinderrechte stärken – Freiheitsbeschränkende Maßnahmen in stationären Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung vermeiden Drs. 17/14663, 17/16268 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Die "Bergwaldoffensive" muss erhalten bleiben! Drs. 17/14705, 17/16198 (A)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Erwin Huber, Kerstin Schreyer u.a. CSU Bericht zum Dialogforum "Leben und Arbeiten 4.0" Drs. 17/14716, 17/16269 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Kathrin Sonnenholzner, Andreas Lotte u.a. SPD Regionalzughalt auf der Strecke der S4 Drs. 17/15129, 17/16462 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Förderung von Abluftreinigungsanlagen in zwangsbelüfteten Ställen Drs. 17/15260, 17/16199 (A)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Bericht über Umfang und Auswirkungen von Duftstoffen in öffentlich zugänglichen Räumen
 Drs. 17/15261, 17/16453 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Keine Differenzierung der Milch nach Haltungsbedingungen Drs. 17/15263, 17/16200 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Online-Hochschulwahlen in Bayern sicher gestalten – Bayerische Hochschulen dabei unterstützen Drs. 17/15274, 17/16371 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

18.	Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Bernhard Seidenath,
	Joachim Unterländer u.a. CSU
	Kostendeckende Übernahme von Krankenversicherungsbeiträgen
	für Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II
	Drs. 17/15276, 17/16454 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
 Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz über 2019 hinaus sicherstellen

Drs. 17/15329, 17/16459 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
 Die Besten für die Jüngsten – Erzieherausbildung attraktiver gestalten, Praxisbesuche durch Lehrkräfte kostenfrei gestalten Drs. 17/15343, 17/16086 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	A

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD) Investitionsbedarf im kommunalen Verkehr: Ausreichenden Ersatz für wegfallende Entflechtungsmittel nach 2019 sicherstellen Drs. 17/15350, 17/16460 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Mehr Sicherheit für Menschen mit Hörbehinderungen im Straßenverkehr – Zusätzliche Signalanlagen an Ampelübergängen Drs. 17/15381, 17/16282 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Stärkung bäuerlicher Familienbetriebe im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union Drs. 17/15424, 17/16442 (G)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	A

 Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Instrument der Neuordnung im Wald verstärkt nutzen Drs. 17/15425, 17/16443 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Steuerliche Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital beenden Drs. 17/15435, 17/16485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Doppelte Beitragsbelastung für private Altersvorsorge verhindern Drs. 17/15437, 17/16455 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

27.	Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Annette Karl,
	Natascha Kohnen u.a. SPD
	Vergaberechtliche Rahmenbedingungen von Integrationsunternehmen
	verbessern
	Drs. 17/15512, 17/16461 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

28. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD Zehn Jahre EU-Mitgliedschaft von Rumänien und Bulgarien – Bilanz und Handlungsbedarf für Bayern? Drs. 17/15514, 17/16335 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	团	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz Drs. 17/15518, 17/16426 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Forschungsprojekt PCB an Schulen und Kindertagesstätten auflegen Drs. 17/15524, 17/16456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	Z

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) Förderung – unter besonderer Berücksichtigung der Belange der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) Drs. 17/15596, 17/16484 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion nach § 126 Abs. 3 GeschO abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

32. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Hilferufe der Schulen ernst nehmen II – Gute Schulen brauchen solide Verwaltungen! Drs. 17/15646, 17/16203 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Maßvolle Umschichtung der Direktzahlungen in die zweite Säule – Zustimmung Bayerns zum mehrheitlichen Kompromiss der Bundesländer Drs. 17/15651, 17/16433 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Peter Winter, Ingrid Heckner u.a. CSU Waldforschung zum "Bayerischen Weg" intensivieren Drs. 17/15730, 17/16434 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			A

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Cross Compliance: Kontrollen mindestens 24 Stunden vorher anmelden und verträglich gestalten! Drs. 17/15814, 17/16435 (A)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		A

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
 Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u.a. und Fraktion (CSU)
 Cross Compliance-Kontrollen praxistauglich gestalten
 Drs. 17/15843, 17/16436 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		A	Z

37. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bewegung in der Rinderhaltung – Weidegang und Auslauf besser unterstützen.

Bewegung in der Rinderhaltung – Weidegang und Auslauf besser unterstützen Drs. 17/15382, 17/16473 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Fachstellen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit ausbauen Drs. 17/12178, 17/16260 [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kinderwunsch unterstützen: Förderprogramm für assistierte Befruchtung in Bayern umsetzen

Drs. 17/12411, 17/16261 [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat